Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/4336

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Riedel (Frankfurt), Dr. Czaja, Dr. Marx (Kaiserslautern), Frau Kalinke, Frau Klee, Dr. Hauser (Sasbach), Rehs, Stahlberg und Genossen

betr. **Menschenrechte der Deutschen in den unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten und in den Vertreibungsgebieten**

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wann wird die Bundesregierung das wiederholt – insbesondere auch in der 164. Sitzung des Bundestages am 19. März 1968 – angekündigte Memorandum über die Menschenrechte in Deutschland und der Deutschen veröffentlichen?

2. Wird die Bundesregierung in diesem Memorandum und – wie kursorisch bereits im Jahre 1968 – auch im Zusammenhang mit dem Bericht zur Lage der Nation am 17. Juni 1969 die Anwendung beziehungsweise Beschränkung der Menschen- und Gruppenrechte gegenüber der über 1 Million Deutschen in den unter fremder Verwaltung stehenden Teilen Deutschlands darstellen?

3. Welche Maßnahmen und Verhandlungen beabsichtigt die Bundesregierung selbst fortzusetzen oder neu einzuleiten, um die Verbesserung der wirtschaftlichen und kulturellen Situation der Deutschen in den unter fremder Verwaltung stehenden Gebieten – z. B. durch Überweisung von Teilrenten und Teilversorgungsleistungen, Spendensendungen mit unpolitischen Büchern, Kulturaustausch usw. – zu unterstützen?

4. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung treffen, um im Sinne der Ausführungen des Ministers für gesamtdeutsche Fragen in Berlin am 6. Dezember 1968 solche Hilfen auch Deutschen in anderen Vertreibungsgebieten mit Zustimmung der Regierungen dieser Länder zukommen zu lassen und für die Verwirklichung eines demokratischen Volksgruppenrechtes in Europa einzutreten?

Druck: Buchdruckerei R. Madel, 53 Bonn, Bonner Talweg 106
Alleinvertrieb Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg
Postfach 821, Goethestraße 54, Telefon 6 35 51

5. Beabsichtigt die Bundesregierung, die menschenrechtliche Situation der Deutschen in allen diesen Gebieten in der internationalen Öffentlichkeit und bei internationalen Institutionen in angemessener Weise bekanntzumachen?

6. Wird die Bundesregierung weiterhin bemüht bleiben, die Anwendung der Menschen- und Gruppenrechte gegenüber Nichtdeutschen, die in der Bundesrepublik Deutschland legal Aufenthalt genommen haben, zu verbessern, insbesondere die Jugend- und Erwachsenenbildung, den muttersprachlichen Zusatzunterricht, den gemeinsamen Gottesdienst und die kulturellen Verbände der Nichtdeutschen, die sich an die grundgesetzliche und demokratische Ordnung halten, großzügig zu fördern, den Schutz für ihr Leben, ihre Menschenwürde und ihren guten Ruf zu festigen und die dafür getroffenen Maßnahmen zusammenfassend darzustellen?

Bonn, den 11. Juni 1969

Riedel (Frankfurt)
Dr. Czaja
Dr. Marx (Kaiserslautern)
Frau Kalinke
Frau Klee
Dr. Hauser (Sasbach)
Rehs
Stahlberg
Baier
Bauer (Wasserburg)
Dr. Becher (Pullach)
Bühler
Burgemeister
Damm
Erhard (Bad Schwalbach)
Gewandt
Dr. Götz
Haase (Kassel)
Dr. Hofmann (Mainz)
Dr. Hudak
Frau Jacobi (Marl)
Kiep
Kühn (Hildesheim)
Kuntscher
Lemmrich
Dr. Lenz (Bergstraße)
Leukert
Dr. Martin
Memmel
Missbach
Müller (Berlin)
Orgaß
Picard
Frau Pieser
Dr. Reinhard
Wagner
Frau Dr. Wolf
Wieninger
Zink